

Dirk Rupnow

Zwischen Ignoranz, Missbrauch und Konkurrenz

Zum Stand von Geschichtspolitik, Erinnerungskultur
und Holocaust-Gedenken

Simon Wiesenthal Lecture am Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-
Studien (VWI), 19. November 2020 (virtuell)

Abstract

Questions of historical politics and culture of remembrance are once again the focus of public attention. After the phase of its globalisation and institutionalisation, Holocaust remembrance also seems to be subject to a far-reaching process of change. The lecture tries to outline the current status and the current challenges in the European, “Western” and global context. This raises (again) questions about the significance of Holocaust remembrance in European migration societies, not least in times when immigration to Europe was perceived as a crisis and the resulting isolationist tendencies, as well as a clearly evident racism and a steadily growing Islamophobia; and at the same time about the global competitive relationship between the memory of the Holocaust and the crimes of European colonial powers in the world as well as their place in a European memory – none of which are new questions, but still or probably increasingly relevant and controversial.

Als ein Historiker, der sich seit langem mit der Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust, aber auch mit der längeren Geschichte des Antisemitismus und nicht zuletzt auch den keinesfalls schon zu einem Ende gekommenen Nachfolgen von all dem auseinandersetzt, aber auch als ein Deutscher meiner Generation, 27 Jahre nach Kriegsende geboren, dessen Großeltern im „Dritten Reich“ gelebt haben und in die Geschichte, um die es geht, involviert gewesen sind, habe ich mich immer wieder beschäftigt und beschäftige ich mich derzeit erneut mit dem Stand von Geschichtspolitik, Erinnerungskultur und Holocaust-Gedenken – nunmehr 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Also gewissermaßen mit der Gegenwart dieser Geschichte, die ja keineswegs vergangen ist. Und ich möchte hier im Folgenden einige Beobachtungen teilen, die zunächst einmal viele Fragen aufwerfen für uns alle, die wir uns in diesem Feld bewegen – als Forscher:innen, Lehrende und Expert:innen, die öffentlich Stellung beziehen –, über die wir uns jedoch wohl verständigen müssen. Diese Beobachtungen sind notwendigerweise selektiv – das Feld insgesamt ist praktisch unüberschaubar, wenn man globale Zusammenhänge im Blick behalten will. Vor allem aber sind Antworten darauf nicht einfach und meistens hoch umstritten.

Hinzukommt, dass wir Historiker:innen sowohl Proponenten und Akteur:innen, aber auch distanzierte Begleiter:innen und Beobachter:innen der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik sind. Vermutlich müssen wir beides gleichzeitig sein, wenn wir unserer Aufgabe gerecht werden wollen. Das heißt aber auch, dass diese sehr unterschiedlichen Aufgaben nicht immer leicht voneinander zu trennen sind.

Dieses neuerliche Erinnerungsjahr, in dem wir uns noch befinden – gerade unmittelbar nach dem Gedenken an die Novemberpogrome – begann mit dem 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch Soldaten der Roten Armee. Angesichts der Inszenierungen zunächst in Israel, in Yad Vashem, vor dem Denkmal für den Warschauer Ghetto-Aufstand mit 50 Staats- und Regierungschefs sowie gekrönten Häuptern beim Fifth World Holocaust Forum mit dem Titel „Remembering the Holocaust, Fighting Antisemitism“ und dann wenige Tage später in Polen, in Oświęcim, vor dem ikonischen Torhaus zum Vernichtungslager Birkenau, hätte man denken können, dass dies nur ein weiterer Beleg für die erfolgreiche globale Institutionalisierung des Holocaust-Gedenkens auf höchster Ebene ist, wie sie Ende der 1990er Jahre und mit dem Stockholm International Forum on the Holocaust im Jahr 2000 eingeläutet wurde. Tatsächlich aber handelt es sich um zwei miteinander konkurrierende Veranstaltungen auf Grund des derzeitigen „Memory Wars“ zwischen Polen und Russland – bei der einen Veranstaltung war der russische Präsident anwesend, der polnische nicht, bei der anderen war der polnische Präsident anwesend, der russische nicht.

Um das Gedenken an das Kriegsende im Mai herum, veröffentlichte der damalige deutsche Außenminister Heiko Maas gemeinsam mit dem Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Andreas Wirsching, einen Text im Nachrichtenmagazin „Spiegel“, in dem sie die alleinige Schuld für den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust für Deutschland geradezu reklamierten: „Allein Deutschland trägt die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust. Wer daran Zweifel sät und andere Völker in eine Täterrolle drängt, der fügt den Opfern Unrecht zu.“ Der in Kanada lehrende polnische Historiker Jan Grabowski erwiderte entrüstet in Ha'aretz: „Germany is fueling a false history of the Holocaust across Europe. The well-intentioned determination of German politicians and academics to take exclusive responsibility for the Nazi genocide is now aiding other perpetrators to whitewash their participation“ – einigermassen deutlich auf die Geschichtspolitik osteuropäischer Staaten verweisend: „Outright Holocaust denial, the curse of the past, is no longer on the agenda. What the authorities in Poland, Ukraine, Hungary or Lithuania (the list of the most active offenders is longer) are now involved in is Holocaust distortion. The Holocaust happened, they argue, but we, our people, had nothing to do with it.“¹ (Unwillkürlich fragt man sich natürlich: Und wie passt jetzt Österreich in dieses Bild und in dieses Schema hinein?)

Neun Monate später, anlässlich des Gedenkens an die Novemberpogrome, lädt das Holocaust and the United Nations Outreach Programme zu einer online Panel-Diskussion mit dem Titel „Holocaust education in crisis?“. „Recent surveys have shown that historical knowledge of the Holocaust is in decline, while related dis- und misinformation is on the rise.“ Und wir alle kennen diese Umfragen, mittlerweile viele von ihnen, auch für Österreich – aber Österreich ist hier wohl kein Spezialfall: Das Zentrum für Politische Bildung an der PH Wien stellte im Auftrag der Arbeiterkammer 2020 fest, dass ein großer Teil der Schüler:innen nicht weiß, was die NSDAP ist und auch Antisemitismus nicht definieren kann. Schon 2019 hatte die Jewish Claims Conference darauf hingewiesen, dass Österreicher:innen – vor allem die Millenials und die Generation Z – mehrheitlich keine Ahnung von den korrekten Opferzahlen des Holocaust haben, jenseits von Auschwitz und Mauthausen keine Konzentrations- und Vernichtungslager benennen können sowie außer Hitler,

1 Heiko Maas/Andreas Wirsching, „Keine Politik ohne Geschichte“, *Der Spiegel*, 8. Mai 2020.

Oskar Schindler und Anne Frank keine „Key Holocaust Figures“ kennen. (Wir wissen in Österreich freilich auch aus Umfragen, dass niemand mehr etwas mit den Namen Dollfuß und Schuschnigg anfängt etc.)

Angesichts wachsenden Antisemitismus und zunehmender autoritärer Tendenzen müssen wir uns natürlich fragen lassen, ob wir als Historiker:innen und als Lehrer:innen versagt haben? Schon länger wird ja ein „Unbehagen an der Erinnerungskultur“ diskutiert – und damit implizit auch ein Versagen der Erinnerungskultur.

Währenddessen erleben wir, wie auf Grund der Tötung von George Floyd durch Polizisten in Minneapolis am 25. Mai 2020 weltweit die mörderische Gegenwart und Alltäglichkeit von Rassismus wieder diskutiert wird. Auch in Wien gibt es Black-Lives-Matter-Demonstrationen. Hervorgegangen daraus ist aber auch eine intensive Debatte darüber, welche Geschichten unreflektiert im öffentlichen Raum sichtbar sind und erinnert werden, welcher Personen öffentlich mit Denkmälern gedacht wird, welche Aspekte und Perspektiven dabei ausgeblendet werden – vor allem die Gewaltgeschichte des Kolonialismus. Selbst vor Winston Churchill, dem Helden des Zweiten Weltkriegs und Bezwinger Hitlers, macht die Debatte nicht halt. In Wien wird sie interessanterweise vor allem um das Karl-Lueger-Denkmal am Stubentor ausgetragen. (Nachdem der Dr.-Karl-Lueger-Ring, der auch zu meiner Studienzeit ganz selbstverständlich die Hauptadresse der Uni Wien war, 2012 schon in Universitätsring umbenannt worden ist.) Aufgerechnet werden dabei wieder einmal Infrastrukturprojekte (dieses Mal Straßenbahnen, Wasser- und Stromleitungen) gegen Antisemitismus. Der österreichische Philosoph Konrad Paul Liessmann behauptet, dass „wir keine bessere Welt schaffen, wenn wir diese von allen Dokumenten reinigen, die uns daran erinnern könnten, dass die Geschichte keine moralische Anstalt ist“. Da kann man nur zurückfragen: Wer hat noch einmal gefordert, sie von allen Dokumenten zu reinigen, die uns daran erinnern, dass es nicht immer gut in der Geschichte zugeht? Aber muss man Denkmäler von Antisemiten im öffentlichen Raum stehen lassen? Oder sollte man deren Antisemitismus klein reden in einer Zeit, in der er wieder auf dem Vormarsch ist? Manchmal reicht bei einer überlebensgroßen Statue auf einem Sockel eine kleine ergänzende Erklärungstafel zur Kontextualisierung nicht aus. Gerne und sehr wohlfeil wird im Moment eine so genannte „Abrissmanie“ verurteilt und als simplifizierende und moralisierende „Cancel Culture“ verhöhnt (genauso wie auch Political Correctness und eine gendgerechte Sprache verhöhnt werden). Selten ist in Wien und Europa bisher so differenziert und abgewogen darüber gesprochen worden wie vom Bürgermeister von New Orleans, Mitch Landrieu, 2017 nach der Entfernung der vier Confederate Monuments aus dem Stadtbild:

So relocating these Confederate monuments is not about taking something away from someone else. [...] This is however about showing the whole world that we as a city and as a people are able to acknowledge, understand, reconcile and most importantly, choose a better future for ourselves making straight what has been crooked and making right what was wrong. Otherwise, we will continue to pay a price with discord, with division and yes with violence. To literally put the Confederacy on a pedestal in our most prominent places of honor is an inaccurate recitation of our full past. It is an affront to our present, and it is a bad prescription for our future.²

² Mitch Landrieu, „Mitch Landrieu’s Speech on the Removal of Confederate Monuments in New Orleans“, *The New York Times*, 23. Mai 2017, <https://nyti.ms/2qTgzmx>.

Was bedeutet es, Lueger stehen zu lassen – im Hinblick auf die heutige Akzeptanz von Antisemitismus? Was bedeutet es, Lueger stehen zu lassen, in einem öffentlichen Raum, der ohnehin übervoll ist mit Erinnerungszeichen, die keine Relevanz mehr für die heutige Zeit haben oder ambivalent sind? Was bedeutet es, Lueger stehen zu lassen, den Bürgermeister, der systematisch unterschiedliche Gruppen gegeneinander ausgespielt hat, in einer Stadt, die damals schon von Vielfalt geprägt war und deren heutige Vielfalt sich auch nicht ansatzweise in einer inklusiven Erinnerungskultur widerspiegelt? Dabei gibt es bereits seit 2010 einen hervorragenden Vorschlag von Klemens Wihlidal für eine Umgestaltung, die es gar nicht nötig machte, Lueger zu entfernen: Man hätte ihn längst mit seinem Sockel einfach um 3,5 Grad nach rechts kippen können – um zu zeigen, dass hier etwas nicht im Lot ist.

Geschichtspolitik und Erinnerungskultur sind wieder in der Diskussion; keineswegs abgekühlt, sondern heiß, mit hohem Konfliktpotenzial; im öffentlichen Raum wird über sie gestritten. Und passend dazu läuft auch im deutschen Feuilleton eine Debatte, die schon als „Historikerstreit 2.0“ bezeichnet wurde: die Diskussion um den kamerunischen Denker Achille Mbembe, seine Haltung gegenüber dem Staat Israel und seine Involvierung mit der BDS-Bewegung. Während es im Historikerstreit 1.0 Mitte der 1980er Jahre – einem rein bundesdeutschen Binnendiskurs – um die Frage ging, ob die nazistischen Massenverbrechen eine Antwort auf sowjetische Massenverbrechen seien, woraufhin für den (hegemonialen) deutschen Diskurs – zumindest oberflächlich und rein rhetorisch – die Singularität des Holocaust festgeschrieben wurde, geht es nunmehr um die Frage, ob neben der Holocaust-Erinnerung, nicht zuletzt auch in Deutschland, noch Platz ist für die Erinnerung an die Verbrechen des Kolonialismus und die Geschichte, aber auch Gegenwart des Rassismus.

Mit dem Historikerstreit 1.0 – kurz vor dem Ende der kommunistischen Regime in Osteuropa – wurde schon die Konkurrenz zwischen nazistischen und stalinistischen Verbrechen vorweggenommen, die die europäische Erinnerungslandschaft in den letzten 30 Jahren geprägt und vor allem auch gespalten hat. Während diese innereuropäischen Konflikte fortwirken, wie wir an den zwei miteinander konkurrierenden Auschwitz-Befreiungsfeiern sehen, werden sie doch zunehmend überlagert und abgelöst von dem globalen Konkurrenzverhältnis zwischen dem Holocaust und Kolonialverbrechen.

Zwei Case Studies sollen die aktuellen geschichtspolitischen Konstellationen verdeutlichen.

Case 1: Geschichtspolitik des Trumpismus

Das erste geschichtspolitische Statement der Trump-Administration erfolgte genau eine Woche nach der Amtseinführung des neuen Präsidenten, anlässlich des International Holocaust Remembrance Day am 27. Januar 2017, dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz. Das Statement des Weißen Hauses lautete:

It is with a heavy heart and somber mind that we remember and honor the victims, survivors, heroes of the Holocaust. It is impossible to fully fathom the depravity and horror inflicted on innocent people by Nazi terror. Yet, we know that in the darkest hours of humanity, light shines the brightest. As we

remember those who died, we are deeply grateful to those who risked their lives to save the innocent. In the name of the perished, I pledge to do everything in my power throughout my Presidency, and my life, to ensure that the forces of evil never again defeat the powers of good. Together, we will make love and tolerance prevalent throughout the world.³

Die Tatsache, dass Jüdinnen und Juden als Opfer des Holocaust noch nicht einmal erwähnt wurden, führte umgehend zu Irritationen und Kritik. Das Weiße Haus verteidigte den Text allerdings unter Verweis auf eine angeblich inklusive Lesart: Aller Opfergruppen solle gedacht werden, deshalb werde keine gesondert genannt. Übersehen wurde freilich, dass damit ein vollkommen entleertes Sprechen über die historischen Vorgänge begonnen hatte: Der Holocaust wurde zu einem Kampf zwischen Gut und Böse abstrahiert, Liebe und Toleranz würden ihn überwinden. Konkrete Lehren für die Gegenwart können daraus praktisch nicht abgeleitet werden.

Nur wenige Tage später zeigte sich die historische Ignoranz des neuen Präsidenten ganz unmittelbar, als mit einem Statement zur Eröffnung des African American History Month deutlich wurde, dass er den bedeutenden Abolitionisten und Schriftsteller Frederick Douglass (1817/18–1895), der sich zudem für die Rechte von Immigranten und Frauen eingesetzt hat, offenbar für einen Zeitgenossen hält:

I am very proud now that we have a museum on the National Mall where people can learn about Reverend King, so many other things. Frederick Douglass is an example of somebody who's done an amazing job and is being recognized more and more, I notice.

Inwieweit von einer bewussten und vor allem kohärenten Geschichtspolitik der Trump-Administration die Rede sein kann oder „nur“ ein schwerer Fall von „historical illiteracy“ (Khalil Muhammad) vorliegt, ist natürlich nicht leicht zu klären. Dennoch können die Vorfälle wohl als symptomatisch für den Zustand der Holocaust-Erinnerung wie auch den Umgang mit marginalisierten Geschichten gelesen werden. Es kann kaum ein Zufall sein, dass die Ignoranz Trumps und seiner Administration gegenüber historischen Zusammenhängen zuerst in Statements über den Holocaust und afroamerikanische Geschichte sichtbar wird.

Fortgesetzt wurde die Reihe fragwürdiger Aussagen am 10. April 2017 bei einer Pressekonferenz, in der Trumps Pressesprecher Sean Spicer Syriens Präsidenten Assad mit Adolf Hitler verglich, um einen US-Raketenangriff auf eine syrische Militärbasis zu rechtfertigen: „You look, we didn't use chemical weapons in WWII. You had someone as despicable as Hitler who didn't even sink to using chemical weapons.“ Auf Nachfrage folgte eine Erklärung: „I think when you come to sarin gas, [Hitler] was not using the gas on his own people the same way Assad was. [Hitler] brought them into the Holocaust centers, I understand that.“ Darauf eine kaum weniger ungeschickte Entschuldigung: „In no way was I trying to lessen the horrendous nature of the Holocaust, however, I was trying to draw a contrast of the tactic of using airplanes to drop chemical weapons on innocent people.“

Auch hier wird nicht nur ein Mangel an Sensibilität, sondern vor allem ein erschreckendes Fehlen grundlegender historischer Kenntnisse sichtbar, während aber gleichzeitig geradezu zwanghaft ein NS-Vergleich gezogen wird. Eine Schere geht auf zwischen der offenbar universellen Verfügbarkeit von Hitler, dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust als Vergleichspunkte für politische Zwecke und einem

3 Donald Trump, Statement by the President on International Holocaust Remembrance Day, White House, 27. Jänner 2017, <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/statement-president-international-holocaust-remembrance-day/>.

ebenso offensichtlichen gravierenden Mangel an konkretem Wissen über die historischen Ereignisse und Vorgänge. Dies drückt sich nicht zuletzt auch in einer völligen Entleerung, Abstrahierung und Ritualisierung des Sprechens über den Holocaust aus. Die Phrasen von einem überzeitlichen, mithin ahistorischen und unkonkreten Gut und Böse verunmöglichen aber jegliche Lehre aus dem historischen Geschehen, während gleichzeitig ständig behauptet wird, dass aus ihm Lehren gezogen werden müssten.

Dies zeigt sich auch bei den beiden folgenden Auftritten Trumps, die mit der Holocaust-Erinnerungskultur in Zusammenhang stehen. Am 25. April 2017 durfte der Präsident beim National Day of Remembrance des United States Holocaust Memorial Museums im Capitol sprechen. Auch dort wurden die historischen Geschehnisse möglichst unkonkret und abstrakt verhandelt:

Your courage strengthens us. Your voices inspire us. And your stories remind us that we must never, ever shrink away from telling the truth about evil in our time. Evil is always seeking to wage war against the innocent and to destroy all that is good and beautiful about our common humanity. But evil can only thrive in darkness. And what you have brought us today is so much more powerful than evil. You have brought us hope – hope that love will conquer hatred, that right will defeat wrong, and that peace will rise from the ashes of war.

Der Höhepunkt wurde aber fraglos bei Trumps Kurzbesuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem am 23. Mai 2017 während seiner ersten Israel-Visite erreicht. Auch dort fand die ritualisierte Rhetorik eine Fortsetzung:

As long as we refuse to be silent in the face of evil, as long as we refuse to dim the light of truth in the midst of darkness, as long as we refuse to become bystanders to barbarity, then we know that goodness, peace and justice will ultimately prevail.⁴

Auch sie wurde aber durch den danach folgenden Eintrag ins Gästebuch als vollkommen entleert desavouiert: „It is a great honor to be here with all of my friends – so amazing + will never forget!“

Komplettiert wird das Bild durch Trumps demonstrativ zur Schau getragene Verehrung für seinen Amtsvorgänger Andrew Jackson, den siebenten US-Präsidenten (1829–1837), dem ersten „Populisten“, der nicht der Elite des Unabhängigkeitskrieges angehörte. Am 15. März 2017, anlässlich seines 250. Geburtstages, besuchte Trump Jacksons Plantage und sein Grab bei Nashville und stellte sich bewusst in dessen Nachfolge. Schon zuvor hatte der Präsident ein Porträt seines Vorgängers ins Oval Office hängen lassen, das bei offiziellen Anlässen immer wieder ins Bild geriet. Am 27. November 2017 empfing er auch Veteranen des Volkes der Navajos unter dem Bildnis von Jackson, der seinen politischen Aufstieg nicht zuletzt seiner Rolle in den „Indianerkriegen“ verdankte und der für den „Indian Removal Act“ (1830) verantwortlich war, damit die Vertreibung und Beraubung von Natives legalisierte sowie den Tod Tausender verursachte und in Kauf nahm. Auf verquere Art verknüpft mit Trumps Jackson-Verehrung ist eine vollkommene Ausblendung der Geschichte der Sklaverei in den USA, wie in einem Interview am 1. Mai 2017:

Had Andrew Jackson been a little later you wouldn't have had the Civil War. He was a very tough person, but he had a big heart. And he was really angry that he saw what was happening with regard to the Civil War, he said, "There's

4 Yad Vashem, Visit of President Donald J. Trump to Yad Vashem, May 23, 2017, YouTube, 24. Mai 2017, <https://www.youtube.com/watch?v=JjMhw712rUg#t=21m34s>; Yad Vashem, United States President Donald J. Trump Visits Yad Vashem, yadvashem.org, 23. Mai 2017, <https://www.yadvashem.org/events/23-may-2017.html>.

no reason for this.’ People don’t realize, you know, the Civil War, if you think about it – why? People don’t ask that question, but why was there the Civil War? Why could that one not have been worked out?⁵

Inwieweit es sich im Fall von Donald Trump tatsächlich um eine systematische Geschichtspolitik handelt oder „bloß“ um einen eklatanten Fall von „historical illiteracy“, ist nicht leicht zu entscheiden. Ein Beispiel für die Ritualisierung und Entleerung von Geschichtspolitik ist er sicherlich, aber auch dafür, wie der Umgang mit dem Holocaust verflochten ist mit dem Umgang mit (anderen) marginalisierten Geschichten. Die diversen Statements in den ersten Wochen nach der Amtsübernahme, wenn auch sehr diffus, spiegeln die allgemeine rassistische, anti-migrantische und anti-muslimische Politik, die Grundhaltung „weißer Überlegenheit“ („white supremacy“), den misogynen Affekt und das Ressentiment gegen die so genannte „political correctness“ (einschließlich der angeblichen „gender madness“) – allesamt Entwicklungen, die derzeit nicht auf die Trump-USA beschränkt sind, sondern sich global ausbreiten, auch in Europa, auch in Österreich.

Case 2: Die Geschichtspolitik von Türkis-Blau in Österreich im Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018

2018 wurde in Österreich als ein bezugsreiches und geradezu übervolles „Gedenk- und Erinnerungsjahr“, wie es offiziell genannt wurde, begangen: Gedacht und erinnert werden sollte der Republikgründung 1918, dem „Anschluss“ und dem Novemberpogrom 1938, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 (und der Ratifikation der Europäischen Menschenrechtskonvention durch Österreich 1958) und der 68er-Bewegung 1968. Am Horizont schien außerdem die Revolution von 1848 auf, als Beginn parlamentarischer und demokratischer Entwicklungen. So bündelte es zumindest die offizielle Website www.oesterreich100.at des verantwortlichen Beirats, der im Bundeskanzleramt unter Vorsitz des ehemaligen Bundespräsidenten Heinz Fischer etabliert wurde. Zum 85. Mal jährte sich aber auch die Ausschaltung des Parlaments durch Bundeskanzler Engelbert Dollfuß im März 1933.

Daran knüpften zahllose Veranstaltungen und Ausstellungen in Wien und den Bundesländern an, begleitet von einem überbordenden Angebot des ORF neben ausführlichen Berichterstattungen in allen sonstigen Medien, Tageszeitungen und Wochenmagazinen sowie der Publikation von Büchern, Katalogen und Sammelwerken. Die schiere Menge macht eine vollständige Übersicht und eine umfassende Würdigung an dieser Stelle unmöglich, noch dazu so unmittelbar nach dem Ende des Jahres. Besondere Aufmerksamkeit dürften aber die hochoffiziellen Veranstaltungen verdienen, unter Beteiligung von Regierungsvertreter:innen – hat doch nur zwei Wochen vor Beginn des Jubiläumsjahres eine neue rechtspopulistische Bundesregierung aus ÖVP (mittlerweile vom Selbstverständnis her türkis und nicht mehr traditionell schwarz) und FPÖ (blau) ihr Amt angetreten. Sie ist mehr oder weniger eine generationelle Neuaufgabe der Bundesregierung Schüssel I, die im Februar 2000 aus ÖVP und FPÖ gebildet wurde und starke Proteste im In- und Ausland hervorrief. Diese blieben diesmal freilich aus, nachdem sich die globale politische Szenerie in den vergangenen Jahren ja vollständig gewandelt hat und der Rechtspopulismus in Europa – und weltweit – zum Mainstream geworden ist.

⁵ Toi Staff, Full text of Donald Trump’s 2017 speech for Holocaust Days of Remembrance, 25. April 2017, <https://www.timesofisrael.com/full-text-of-donald-trumps-2017-speech-for-holocaust-days-of-remembrance/>.

Gerade dies lässt aber nun das österreichische Gedenk- und Erinnerungsjahr zu einem interessanten Testfall werden: Wie werden entlang der legendären 8er-Jahre Demokratie (1918), Menschenrechte (1948) und eine offene Gesellschaft (1968) gefeiert und wie wird deren Aufgabe, Verlust und vollkommene Zerstörung bis hin zu Vertreibung und Genozid (1938) erinnert in einem Umfeld, in dem liberale Demokratie und Menschenrechte keinesfalls mehr als sakrosankt gelten? Und wie positioniert sich dazu eine Partei, die ursprünglich von ehemaligen Nationalsozialisten gegründet und geprägt worden war, stets schwankend zwischen Deutschnationalismus und einem chauvinistischen Österreichpatriotismus, geprägt von wiederholten Verharmlosungen des NS-Regimes und seiner Verbrechen sowie beständigen antisemitischen und rassistischen Ausfällen?

Über deren Zusammensetzung und Arbeitsweise herrschte lange Unkenntnis. Noch bevor im März das Erinnern und Gedenken an den „Anschluss“ 1938 überhaupt in Gang kommen konnte, eröffnete im Januar völlig unerwartet, thematisch aber stimmig die so genannte „Liederbuch-Affäre“ das Jahr: Nur wenige Tage vor der niederösterreichischen Landtagswahl berichtete die Wiener Stadtzeitung „Falter“ vom Liederbuch der deutschnationalen Burschenschaft Germania in Wiener Neustadt, deren stellvertretender Vorsitzender der FPÖ-Spitzenkandidat war. Neben anderen peinlichen und auch ausreichend skandalösen Texten, die Verbrechen der deutschen Wehrmacht verharmlosen, findet sich dort im Lied „Es lagen die alten Germanen“ die Zeile: „Da trat in ihre Mitte der Jude Ben Gurion: ‚Gebt Gas, ihr alten Germanen, wir schaffen die siebte Million.“ – eine offensichtliche Verniedlichung (keinesfalls Leugnung!) des Holocaust, wenn nicht ein impliziter Aufruf zum Massenmord. Aufgeworfen wurde damit aber auch die Frage, welches Verhältnis die österreichische Regierungspartei FPÖ zum Deutschnationalismus unterhält, mithin wie sie im Gedenk- und Erinnerungsjahr überhaupt zu Österreich steht. Von einigem zwischenzeitlichen Hin und Her abgesehen, ist die Causa praktisch ohne Konsequenzen geblieben, in Niederösterreich und im Bund. Sie führte nur dazu, dass sich die FPÖ gleich zu Beginn des geschichtsträchtigen Jahrs genötigt sah, eine „Rot-Weiß-Rot“-Erklärung abzugeben, in der sie sich feierlich zur Republik Österreich sowie zu Demokratie, Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit bekannte und von Gewalt, Totalitarismus und Rassismus und vor allem Antisemitismus distanzierte, sowie eine „Historikerkommission“ einzurichten, um ihre Parteigeschichte aufzuarbeiten:

Eine besondere Verantwortung sehen wir in der Ablehnung des Antisemitismus. Diesbezügliche Vorfälle und Äußerungen verurteilen wir ausdrücklich. Dies hat in unserer Gemeinschaft keinen Platz. [...] Insbesondere werden wir auch gegen importierten Antisemitismus und gegen jenen Extremismus auftreten, der sich aus dem radikalen Islam nährt und zusehends in Europa Ausbreitung findet. Die dunklen Kapitel österreichischer Geschichte werden wir nie vergessen und wir erteilen jeglicher Verharmlosung des Nationalsozialismus eine deutliche Absage.⁶

Schon hier findet sich die Fokussierung auf einen „importierten“ muslimischen Antisemitismus der Migrant:innen, der vom autochthonen ablenken soll. Mit der niederösterreichischen Liederbuch-Affäre ist jedenfalls gleich zu Jahresbeginn der Ton gesetzt worden für regelmäßige, über das gesamte Jahr verteilte rechtsextreme Aussagen und Aktionen von Politikern: Die österreichische Tageszeitung „Der

6 Freiheitliche Partei Österreichs, Rot-weiß-rote Ehrenerklärung: FPÖ gegen Antisemitismus und Extremismus, 13. Februar 2018, <https://www.fpoe-parlamentsklub.at/artikel/rot-weiss-rote-ehrenerklaerung-fpoe-gegen-antisemitismus-und-extremismus/>.

Standard“ hat zum Jahresende dankenswerterweise eine Auflistung von 50 solchen Zwischenfällen zusammengestellt, mithin etwa einem pro Woche, einschließlich der Sommerpause – fast alle gehen dabei auf das Konto der FPÖ, praktisch alle wurden verharmlost und zu „Einzelfällen“ erklärt, kein einziger davon hat die Regierungskoalition auch nur in die Nähe einer Krise gebracht. Es handelt sich mithin um Alltag im Gedenk- und Erinnerungsjahr: Im FPÖ-nahen, rechtsradikalen Magazin „Aula“ wird der österreichische Teilnehmer beim Eurovision Song Contest als „Quotenmohr“ bezeichnet, die FPÖ Vöcklamarkt fordert in einem Posting „Schütze Deine Rasse, es ist das Blut Deiner Ahnen!“, ein Amstettner FPÖ-Stadtrat schimpft anlässlich einer ÖBB-Werbung über „Schwuchteln und Neger“, Hakenkreuze werden gepostet, rassistische Karikaturen geteilt usw. Der FPÖ-Innenminister, der in der Vergangenheit für zahlreiche rassistische Wahlkämpfe der Partei verantwortlich war, forderte, Asylbewerber „konzentriert“ an einem Ort zu halten. Der FPÖ-Klubchef behauptete, es gebe „stichhaltige Gerüchte“, dass der US-amerikanische Philanthrop George Soros „Migrantenströme nach Europa unterstützte“.

Überhaupt war natürlich das eigentliche Jahresthema 2018 weiterhin „Migration“ (und, damit verbunden, die Angst vor Diversität) gewesen, das von ÖVP und FPÖ schon ausgiebig für den Wahlkampf im Jahr 2017 benutzt worden war. Die diversen Jahrestage hätten praktisch alle ins Feld geführt werden können, um die grundlegende Bedeutung von Menschenrechten und Asyl und vielleicht auch eine diesbezügliche historische Verantwortlichkeit zu unterstreichen, stattdessen wurde die diskursive Illegalisierung und Kriminalisierung jeglicher Form von Migration und aller Migrant:innen konsequent fortgesetzt, einschließlich der Beschuldigung von NGOs – auch dies freilich im entsprechenden europäischen und internationalen Umfeld. Eine EU-Abgeordnete der ÖVP schrieb im Sommer auf ihrem Facebook-Account: „Weder die afrikanische noch die moslemische Kultur sind kompatibel mit unserer Kultur.“ – mit Verweis auf die angeblich bekannte Gewaltbereitschaft und das hohe Aggressionspotenzial dieser Kulturen.

Für eine Abschottung der Grenzen galt immer noch Australien als Vorbild, mit einer Internierung außerhalb des Staatsgebiets, um dort Asylanträge zu vermeiden (dort durchaus doppelsinnig als „Pacific Solution“ bezeichnet), wofür Lager mit gegebenenfalls unterschiedlichen Bezeichnungen („Anlandezonen“, „Ausschiffungsplattformen“) in Nordafrika ins Auge gefasst wurden. Der FPÖ-Wehrsprecher im Nationalrat regte in einem Interview im September an, Boden in Nordafrika militärisch zu besetzen, um solche Einrichtungen zu ermöglichen. Damit eröffnete sich auch hier der historische Kontext, der bei praktisch allem mitschwingt (historischen wie gegenwärtigen Themen), aber fast nie vordergründig verhandelt wird: die völlig unzulänglich aufgearbeitete und im öffentlichen Bewusstsein weiterhin praktisch inexistente Geschichte von Europas Kolonialismus und seinem Ausbeutungs- und Gewaltcharakter mit ihren lang anhaltenden Folgen.

In diesem Kontext muss man nun die offiziellen Feierlichkeiten im vielfältigen österreichischen Erinnerungs- und Gedenkjahr betrachten. ÖVP und FPÖ hatten damit ein Jahr lang eine einzigartige politische Bühne zu ihrer Verfügung, von der die Sozialdemokraten gleichzeitig praktisch ausgeschlossen waren. Sie kamen nur beim Staatsakt zur Republikgründung in der Staatsoper in Person des burgenländischen Landeshauptmanns vor, der als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz sprach. Bundespräsident a.D. Heinz Fischer trat nur bei der Eröffnung des Hauses der Geschichte Österreich in Erscheinung, wiewohl er ansonsten medial äußerst präsent war. Daneben war natürlich der ehemals grüne Bundespräsident Alexander Van der Bellen einer der Hauptakteure.

Die Dramaturgie des Jahres 2018 begann mit dem Gedenken an den so genannten „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich. Verhandelt wurde dabei nicht nur die österreichische Mitverantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus, die mittlerweile ja im Wesentlichen unstrittig ist (zumindest auf der Ebene offizieller Stellungnahmen und Reden), sondern auch der Charakter des vorhergehenden faschistoiden Dollfuß-Schuschnigg-Regimes von 1933 bis 1938. Kurt Schuschnigg blieb allerdings letztlich vor allem mit seinem „Gott schütze Österreich!“ und dementsprechend eher als hilfloses Opfer – das zweite nach dem ermordeten Engelbert Dollfuß – in Erinnerung. Bundespräsident Van der Bellen betonte in seiner Rede bei der Gedenkfeier in der Hofburg am 12. März vor allem die Gefährdetheit von Demokratien und ihre Anfälligkeit für Populismus und Demagogie, Bundeskanzler Kurz fokussierte ganz auf das jüdische Schicksal während des Nationalsozialismus.

Ein weiteres Mal wurde der Opfer der Nationalsozialismus anlässlich des Jahrestags der Befreiung des KZ Mauthausen am 6. Mai gedacht, mit einer Kranzniederlegung beim Mahnmal gegen Krieg und Faschismus am Albertina-Platz. Während der Bundespräsident sehr konkret die Garantie von Menschen- und Freiheitsrechten und die europäische Aussöhnung als Lehren aus der Geschichte darstellte, bezog sich der Bundeskanzler viel allgemeiner auf Völkerverständigung und Gerechtigkeit. FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache vollzog die vielschichtige Symbolik von Alfred Hrdlickas Mahnmal nach und endete mit einem Gedicht von Erich Fried.

Der zweite Schwerpunkt des Gedenk- und Erinnerungsjahres lag zwischen dem Nationalfeiertag am 26. Oktober und dem Jahrestag der Republikgründung am 12. November. Anlässlich des Nationalfeiertags beschwor Bundeskanzler Kurz – unter Rückgriff auf Leopold Figls Weihnachtsansprache 1945: „Ich kann euch zu Weihnachten nichts geben. Ich kann euch nur bitten: Glaubt an dieses Österreich!“ – Zusammenhalt und Einigkeit in Österreich. Beim Staatsakt anlässlich des Jahrestags der Republikgründung in der Wiener Staatsoper fokussierte auch der Bundespräsident im Rahmen seines Plädoyers für die liberale Demokratie und demokratisches Engagement auf die Suche nach dem Gemeinsamen und dem Konsens als österreichisches Erfolgsrezept, zumindest in der Zweiten Republik. Sebastian Kurz nahm diesen Faden noch einmal auf, kam dann aber erneut auf die Mitverantwortung für den Nationalsozialismus zu sprechen und begrüßte schließlich eine Gruppe von jüdischen Holocaust-Überlebenden, die aus Israel eingeladen wurde. Daneben sprachen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) und Vizekanzler Strache.

Die offiziellen Gedenkreden der Repräsentanten des Staates hielten mit ihren wiederholten Beschwörungen von Demokratie und Gemeinsamkeit letztlich wenig Überraschendes und praktisch keine Höhepunkte bereit. Sie werden nur interessant, wenn man sie vor dem Hintergrund der realpolitischen Verhältnisse und der unterschiedlichen politischen Positionen liest, in Verbindung setzt mit ansonsten populistischen, antisemitischen oder rassistischen Aussagen, einer strikten Anti-Migrationspolitik und beständigen Stimmungsmache gegen Muslime im Land und dem gleichzeitigen Angriff auf sozialstaatliche Einrichtungen und Errungenschaften. Die zu den verschiedenen Anlässen geladenen Gastredner:innen, signifikanterweise in den meisten Fällen Künstler:innen, scherten allerdings größtenteils aus der staatstragenden Gedenkroutine aus. Die wichtigste Rede des Jahres wurde wohl vom Schriftsteller Michael Köhlmeier gehalten, beim Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus am 4. Mai auf Einladung des Nationalratspräsidenten. Sie dauerte zwar noch nicht einmal sieben Minuten, in ihr entlarvte er aber treffsicher den heuchlerischen

Philosemitismus vor allem der FPÖ ebenso wie die Betroffenheitsroutine des Holocaust-Gedenkens vor dem Hintergrund einer menschenfeindlichen Anti-Migrationspolitik und rassistischen antimuslimischen Stimmungsmache. Der Schriftsteller Daniel Kehlmann positionierte sich bei der Eröffnung des Brucknerfests in Linz im September ähnlich, vor allem im Hinblick auf die restriktive Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Er erinnerte daran, dass vor 80 Jahren auch aus Österreich hilfesuchend Flüchtlinge aufbrachen, die heute erinnert und betrauert werden, während gleichzeitig eine Abschottungspolitik betrieben werde. Der Universalkünstler André Heller beschrieb bei der Gedenkfeier zum „Anschluss“ am 12. März das Schicksal seines Vaters, sprach über österreichische NS-Täter, die Befreiung, den Widerstand und schlug von dort einen Bogen zum Engagement gegen Rassismus und Fremdenhass heute – auch, indem er daran erinnerte, dass nicht Auschwitz und der Holocaust am Beginn der NS-Herrschaft standen, sondern die Ausgrenzung von als störend und schädlich empfundenen Menschen. Nach Bemerkungen zum politischen Populismus, zum gegenwärtigen Fluchtgeschehen und zu globaler Gerechtigkeit plädierte er am Ende für die Anerkennung von Diversität und Mitgefühl. Beim Staatsakt zur Republikgründung in der Staatsoper begrüßte die Schriftstellerin und Kärntner Slowenin Maja Haderlap zu Beginn ihrer Festrede auf Deutsch und in ihrer Muttersprache Slowenisch. Nach einem Durchgang durch die vergangenen hundert Jahre sprach sie über die Gefahren einer zunehmenden Ökonomisierung des Lebens und das integrative Potenzial der Demokratie – nicht zuletzt zur Einbindung und auch zum Schutz von Minderheiten: „Demokratie ist nicht zuletzt auch die einzige Herrschaftsform, die den Anderen und die Minderheiten miteinbezieht, und wäre als einzige Ordnung imstande, Menschen, die aus anderen Ländern und Traditionen, aus unterschiedlichen Motiven zu uns kommen, einzubinden und zwar als Mitverantwortliche für das Gemeinwesen und die Werte der Demokratie.“

Am Ende des Jahres blieb keine Energie mehr für ein würdiges Gedenken an die Deklaration der Menschenrechte durch die UNO am 10. Dezember 1948, obwohl sie explizit als ein Bezugspunkt für das österreichische Gedenk- und Erinnerungsjahr angeführt wurde. (Auch das Jahr 1968 wurde bei den offiziellen Veranstaltungen natürlich weitgehend vergessen und ausgeblendet.) Im Hinblick auf den Frontalangriff auf Menschenrechte und Rechtsstaat durch FPÖ-Innenminister Herbert Kickl zu Jahresbeginn 2019 („irgendwelche seltsamen rechtlichen Konstruktionen, teilweise viele, viele Jahre alt, aus ganz anderen Situationen heraus entstanden, und die hindern uns daran, das zu tun, was notwendig ist“, „Das Recht hat der Politik zu folgen und nicht die Politik dem Recht.“) kann dies freilich kaum überraschen.

Österreich ist zu einem Beispiel für eine exkludierende Erinnerungskultur geworden: Aus der Geschichte des Holocaust wird nicht mehr der Schluss gezogen, dass man Menschen auf der Flucht Schutz und Hilfe bieten muss, sondern dass Migrant:innen nicht mehr ins Land gelassen werden dürfen, weil sie Antisemitismus importieren, während gleichzeitig der einheimische und bodenständige Antisemitismus in Europa verharmlost und ausgeblendet wird. Wie ein roter Faden zieht sich die Warnung vor einem „importierten“ oder „neuen Antisemitismus“ der Muslime und Immigranten durch die Reden und Statements der türkis-blauen Bundesregierung: angefangen bei der „Rot-Weiß-Rot“-Erklärung der FPÖ im Februar 2018, mit der sie sich selbst wieder einmal von Antisemitismus abgrenzen musste, über die Rede des Bundeskanzlers zum „Anschluss“-Gedenken im März bis hin zum Jahrestag des Novemberpogroms 1938. Jenseits der berechtigten Frage, wie mit muslimischem Antisemitismus umgegangen werden kann, wird die Holocaust-Erinnerung damit zur ethnischen Abschottungsideologie umfunktioniert, zum Argument für

Doppelstandards und Rassismus – und nicht als Lehrstunde gegen Rassismus und Ausgrenzung und für Empathie und Inklusion verstanden.

Neben Ritualisierung und Entleerung ist die wohl irritierendste Entwicklung auf dem Gebiet der Erinnerungskultur die Vereinnahmung und Instrumentalisierung des Holocaust-Gedenkens für rassistische und anti-migrantische Positionen rechter und rechtspopulistischer Parteien. Diese ist allerdings nicht nur in Österreich zu beobachten. Angesichts der Tatsache, dass die Holocaust-Erinnerung bereits in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten, spätestens seit dem Beginn des neuen Jahrtausends, aus einer marginalisierten Position heraus zu einer gouvernemental durchgesetzten hegemonialen, staatstragenden und verstaatlichten Erinnerung geworden ist, kann dies auch nicht wirklich überraschen. Die jetzige Entwicklung dürfte wohl die konsequente Fortsetzung davon in Zeiten wachsenden Rechtspopulismus‘ und nicht zuletzt rechtspopulistischer Regierungen sowie gleichzeitig wachsender rassistischer islamfeindlicher und anti-migrantischer Ressentiments sein.

Nach ihrer Globalisierung und Universalisierung wird nun eine Re-Ethnisierung der Holocaust-Erinnerung betrieben. Es wird damit auch deutlich, dass in der Entwicklung der vergangenen Jahre, die zu einer einzigartigen transnationalen Institutionalisierung der Holocaust-Erinnerung geführt hat, eher die Verankerung des historischen Geschehens als Ausnahmeereignis im kollektiven Gedächtnis im Vordergrund stand und weitaus weniger die differenzierte Frage nach möglichen Lehren aus dem historischen Geschehen für die jeweilige Gegenwart.

Dies ist nicht zuletzt besonders deutlich geworden durch die Absage an jegliche Holocaust-Analogie „whether historical or contemporary“ durch das United States Holocaust Memorial Museum, nachdem die Aktivistin und Politikerin Alexandria Ocasio-Cortez, die derzeit für die Demokraten einen New Yorker Wahlbezirk im Repräsentantenhaus vertritt, die US-Haftzentren für Migrant:innen an der Grenze zu Mexiko als Konzentrationslager bezeichnete und forderte, dass das „Niemals wieder!“ überall Bedeutung behalten müsse.

Der rezente Umgang mit der Holocaust-Erinnerung in Österreich und den USA erlaubt paradigmatische Einsichten in die derzeitigen Entwicklungen in Europa und der Welt. Ihre institutionelle Verankerung wird begleitet von inhaltlicher Entleerung und forcierter politischer Instrumentalisierung. Die Feiern zum 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz 2020 weisen in die gleiche Richtung. Und auch das Regierungsprogramm der türkis-grünen Bundesregierung Kurz II in Österreich, die nach den auf Grund der sogenannten „Ibiza-Affäre“ der FPÖ vorgezogenen Nationalratswahlen am 29. September 2019 seit 7. Jänner 2020 im Amt ist, beinhaltet erstaunlicherweise keine Hinweise auf eine Abkehr von diesen Tendenzen.

Aus heutiger Sicht war 1985, als Jürgen Habermas die „neue Unübersichtlichkeit“ diagnostizierte, die Welt noch in Ordnung und ziemlich übersichtlich – trotz Krise des Wohlfahrtsstaates, Erschöpfung utopischer Energien, Neokonservatismus und Entsorgung der Vergangenheit. Erst drei Jahrzehnte später scheint eine Situation eingetreten zu sein, die dieses Etikett voll und ganz verdient. Vielleicht hat es auch damit etwas zu tun, dass mittlerweile Migration zu einem zentralen Thema geworden ist, während Mitte der 1980er Jahre in Habermas‘ Essays Migrant:innen nur unbenannt ein Teil der Unterprivilegierten, Marginalisierten und Ausgeschlossenen waren. Die (Rechts-)Populisten und Nativisten haben in der letzten Zeit vielfältige, durchaus überraschende und eben sehr unübersichtliche neue Allianzen gegen Immigrant:innen und Muslime als eingebildete gemeinsame Feinde gebildet. Dafür wird mittlerweile – zumindest an einigen Orten – auch sehr bewusst die Ho-

locaust-Erinnerung instrumentalisiert, ein Kampf gegen den (ausschließlich den muslimischen Migrant:innen zugeschriebenen und als importiert dargestellten) Antisemitismus inszeniert und die Nähe zu Israel gesucht.

Der Umgang mit Migration und Migrant:innen sowie mit Pluralität und Diversität in unseren Gesellschaften und die Erinnerung an den Holocaust sind offensichtlich wesentlich enger miteinander verknüpft, als es bisher erschienen sein mag – obwohl das eigentlich wenig überraschen kann.

Wir wollten ja, dass das Gedenken an den Holocaust fest etabliert und institutionalisiert wird und von den Rändern in die Mitte der Gesellschaft wandert. Aber wie verhindern wir, dass die Erinnerung an den Holocaust mit den institutionalisierten Gedenktagen und offiziellen Gedenkveranstaltungen zu Ritual und Routine wird, dass es ein Gedenken ohne Stachel wird? Dass jeder schnell ein paar vorgefertigte Sätze zur Hand hat: „Niemals wieder!“, „Niemals Vergessen!“, „Wer die Geschichte nicht kennt, ist dazu verurteilt, sie zu wiederholen!“, von „dunklen Zeiten“ geredet und vom Unvorstellbarem gesprochen wird, nur um unserer Vorstellungskraft die Details zu ersparen, bevor man sich überhaupt mit dem konfrontiert hat, was wir eben wissen.

Nach drei wirklich forschungsintensiven Jahrzehnten und zumindest zwei Jahrzehnten intensiver erinnerungskultureller Aktivitäten sind wir mit der Tatsache konfrontiert, dass alle Zeichen darauf hindeuten, dass die Menschen immer weniger Wissen über die historischen Vorgänge und Zusammenhänge haben. Das ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz ist zu einem Ort des Massentourismus geworden, mit jährlich über zwei Millionen Besucher:innen aus aller Welt. Natürlich ist es gut, dass viele Menschen sich die Gedenkstätte anschauen, schließlich ist es ja das, was wir immer wollten ... Aber ich frage mich natürlich, was sich Menschen denken, die Selfies vor Krematorien und Gaskammern machen oder für Fotos so tun, als würden sie in den elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun springen ... Oder, die die angebotenen Kühlschrankschrankmagnete mit dem Torhaus von Birkenau mitnehmen ... Mit der Institutionalisierung kamen auch Normalisierung und Banalisierung. Vielleicht sollte uns das nicht überraschen, nachdem der globale Aufschwung der Holocaust-Erinnerung vor allem auch in der Populärkultur vorbereitet worden ist, durch die US-TV-Mini-Serie „Holocaust“ (1979) und Steven Spielbergs „Schindler’s List“ (1993). [Und natürlich müsste man heute viel mehr den Umgang mit dem Holocaust im Internet und in den Social Media betrachten – etwas, das ich hier vollkommen ausgelassen habe.]

Nicht nur Umfragen, sondern auch Wahlergebnisse in Europa und in der ganzen Welt zeigen uns währenddessen, dass Populismus, Extremismus und Autoritarismus wieder auf dem Vormarsch sind. Die liberale Demokratie hat als Vorbild weitgehend ausgedient. Antisemitismus und Rassismus werden nicht nur vermehrt artikuliert, sondern führen auch zunehmend zu Gewalt. Menschenrechte werden in Frage gestellt. Haben wir also vollständig versagt, als Historiker:innen, als Lehrer:innen, als öffentliche Intellektuelle, als Politiker:innen?

Wenn wir den Kampf gegen den wieder wachsenden Antisemitismus ernsthaft betreiben wollen, dann sollten wir uns im Klaren darüber sein, dass eine insgesamt wachsende Atmosphäre von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Populismus das Potenzial hat, jederzeit in Antisemitismus umzuschlagen. Es ist obszön oder zeugt von mangelndem historischen Wissen, die Holocaust-Erinnerung im Mund zu führen und gleichzeitig geschlossene Grenzen für Flüchtlinge zu fordern. Zwei Stich-

wörter aus der Geschichte des Holocaust dazu sind: Die Konferenz von Évian 1938 und die Irrfahrt der St. Louis 1939.

Natürlich gibt es viel zu viele unpassende Vergleiche und viel zu viele Versuche, die Erinnerung an den Holocaust vollkommen unangemessen zu instrumentalisieren – die Erinnerung an den Holocaust aufzurufen, wenn heute Menschen marginalisiert, stigmatisiert, ausgegrenzt, vertrieben und verfolgt werden, wenn sie in Lagern konzentriert werden oder auf der Flucht sind, sollte aber nicht zu vorschnell als unzulässige Relativierung des historischen Geschehens gebrandmarkt und delegitimiert werden – wie dies häufig der Fall ist, um die Erinnerung an den Holocaust zu schützen, wie gesagt wird. Ich glaube, auch hier handelt es sich um ein Missverständnis: Die Lehre aus dem Holocaust ist es ja gerade, wachsam zu sein. Und wir sollten verstanden haben, dass es in Auschwitz zwar geendet, aber nicht begonnen hat. Die Erinnerung an den Holocaust wach zu halten, kann neben dem Eintreten für Menschenrechte und liberale Demokratien und dem Auftreten gegen Antisemitismus, Rassismus, Radikalismus und Gewalt nur Solidarität im globalen Maßstab bedeuten. Für eine offene, liberale und tolerante Gesellschaft einzutreten, kann nur heißen, die Pluralität und Diversität der heutigen österreichischen Gesellschaft vorbehaltlos anzuerkennen, die häufig immer noch geleugnet und in Frage gestellt wird. Und schließlich kann der Holocaust nie ein Argument sein, um die vergangenen oder gegenwärtigen Leiden anderer abzuwerten oder in Frage zu stellen.

Wir sind mittlerweile sehr weit entfernt vom historischen Geschehen, es gibt kaum eine Verbindung mehr von den heutigen Jugendlichen zu dieser Geschichte, gleichzeitig leben immer mehr Menschen überhaupt ohne familiäre Beziehungen zu dieser Geschichte unter uns, dafür viele mit anderen Kriegs- und Gewalterfahrungen. Aber letztlich müssen wir uns alle immer wieder die Frage stellen: „Was hat das mit mir zu tun?“, wenn wir die Erinnerung an den Holocaust lebendig erhalten wollen – bei Gedenkveranstaltungen, im Klassenzimmer in Schulen, im Seminarraum in Universitäten, aber auch in der Gesellschaft insgesamt. Niemand sagt, dass dies eine einfache Frage ist. Es wird unterschiedliche Antworten auf diese Frage geben. Sie werden sich mit der Zeit auch verändern. Aber ob die Erinnerung an den Holocaust in der Zukunft in unserer Gesellschaft eine Rolle spielt, wird davon abhängen, wie ernsthaft wir uns alle mit dieser Frage auseinandersetzen.

Eine verbreitete historische Illiteralität ermöglicht vormals unwahrscheinlichen Konstellationen und Allianzen. Für uns Historiker:innen ist damit notwendigerweise die schmerzliche Frage verbunden, ob wir mit unserer Arbeit innerhalb der Gesellschaft versagt haben. Aber das Wissen um die historischen Tatsachen und Zusammenhänge ist eine Sache, die andere ist die Frage, welche Bedeutung wir der Holocaust-Erinnerung geben und ob wir daneben noch Raum für andere Geschichten lassen. Wie wir derzeit sehen, ist die Holocaust-Erinnerung wieder heiß und umstritten – sollte sie überhaupt jemals abgekühlt und außer Streit gestellt gewesen sein. Nie sind Vergangenheit und Gegenwart in der Holocaust-Erinnerung streng voneinander getrennt gewesen. Wie könnten sie auch? Aber auch alle Grundsätze und ritualisierte Sprechweisen sprechen dagegen: „Niemals wieder!“, „aus der Geschichte lernen“, „a lesson from history“, „Wehret den Anfängen!“, „Diejenigen, die sich nicht der Vergangenheit erinnern, sind verurteilt, sie erneut zu durchleben.“

Nur zwei Zitate weisen in eine andere Richtung: „Niemals vergessen!“ und „Vergessen verlängert das Exil, in der Erinnerung liegt das Geheimnis der Erlösung.“ – eingeführt in die deutsche Erinnerungskultur durch die Weizsäcker-Rede 1985 zur

Erinnerung an das Weltkriegsende und einer der Grundlagen für die deutsche Opferidentifikation. Die Holocaust-Erinnerung ist eigentlich immer gegenwartsbezogen bzw. in die Zukunft gerichtet gedacht worden.

Nicht zuletzt Simon Wiesenthal, der Namensgeber dieses Instituts für Holocaust-Studien in Wien, ist ein wichtiger Gewährsmann für eine solche inklusive und vor allem auch solidarische Position. Ihm sei daher hier auch das letzte Wort überlassen, mit zwei Zitaten aus dem großartigen Interview, das Albert Lichtblau mit ihm im November 1997 für die USC Shoah Foundation und die FU Berlin geführt hat.

Ich war zusammen in verschiedenen Lagern mit Angehörigen verschiedener Nationen. Und das war das erste Mal in unserer Geschichte, dass Juden und Vertreter anderer Nationen denselben Feind hatten. Und wenn wir Juden gegen eine Wiederholung alleine kämpfen, [...] dann machen wir aus dem Nationalsozialismus eine Gefahr für die Juden. Aber mit Hilfe der anderen, die mit uns gelitten und gestorben sind, wenn wir gemeinsam gegen eine Wiederholung kämpfen, dann kämpfen wir gegen eine Gefahr für die Welt. Und diese Lehre muss so sein.⁷

Wir müssen suchen, was wir gemeinsam haben, um eine gemeinsame Gefahr abzuwehren. In allen diesen Angriffen gegen Ausländer, wie hier zum Beispiel in Österreich und so weiter, gegen die Ausländer, die Juden werden nicht erwähnt. Aber die tausend- oder fünfzehnhundert oder wie viel, neunzehnhundert Jahre unserer Erfahrung weist, dass wenn man gegen Fremde etwas macht, werden die Juden immer unter den Fremden sein. Sie müssen nicht die ersten sein, aber sie werden bestimmt drankommen. Und daher müssen wir solche Bewegungen bekämpfen.⁸

Dirk Rupnow ist Univ.-Prof. am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und derzeit Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät; Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des VWI, wiederholt Gast am Center for Advanced Holocaust Studies des USHMM, 2018 Konsulent für die Eröffnungsausstellung des Hauses der Geschichte Österreich, 2017 Distinguished Visiting Austrian Chair Professor an der Stanford University. Neuere Publikationen: (Hg., mit A. Morris-Reich), *Ideas of 'Race' in the History of the Humanities*, London 2017; (Hg., mit I. Roebing-Grau), *„Holocaust“-Fiktion. Kunst jenseits der Authentizität*, Paderborn 2015.

Email: dirk.rupnow@uibk.ac.at

⁷ Simon Wiesenthal, Testimony 35104, interview by Albert Lichtblau, USC Shoah Foundation, Vienna, November 11, 1997 (TRANSCRIPT).

⁸ Wiesenthal, Testimony 35204.

Quotation: Dirk Rupnow, Zwischen Ignoranz, Mißbrauch und Konkurrenz: Zum Stand von Geschichtspolitik, Erinnerungskultur und Holocaust-Gedenken, in: S.I.M.O.N. – Shoah: Intervention. Methods. Documentation. 9 (2022) 1, 109–124.

https://doi.org/10.23777/sn.0122/swl_drup01

S.I.M.O.N.– Shoah: Intervention. Methods. DocumentatiON. is the semi-annual open access e-journal of the Vienna Wiesenthal Institute for Holocaust Studies (VWI) in English and German.

ISSN 2408-9192 | 9 (2022) 1 | <https://doi.org/10.23777/sn.0122>

This article is licensed under the following Creative Commons License: CC-BY-NC-ND (Attribution-Non Commercial-No Derivatives)

In appreciation to the Conference on Jewish Material Claims Against Germany (Claims Conference) for supporting this publication.